

EU unter Druck

3. Dezember 2022 | Fragen von almayadeen TV, Libanon; Mohammad Itmaizeh

Frage: Angesichts der Bedingungen, die Europa in Bezug auf die hohen Energiepreise und die Auswirkungen auf den Industriesektor erlebt, wie die Schließung von Fabriken und die hohen Produktionskosten, stellt sich die Frage: Haben die EU-Länder Ihrer Meinung nach die Fähigkeit und die Mittel, die Abwanderung von Industrieinvestitionen zu verhindern? Zumal die USA im Allgemeinen planen, die Industrie in ihrem Land wieder anzusiedeln, was eine Gelegenheit sein könnte, europäische Industrien dorthin zu locken, um von den billigen Energiepreisen zu profitieren. Diese Verlagerung wird weitreichende Auswirkungen auf die Produktionskapazitäten und die Wettbewerbsfähigkeit Europas sowie auf seine Handelsbilanz haben. Was passiert also mit der Position Europas im globalen Wirtschaftssystem? Wird es Teil des kapitalistischen Zentrums bleiben oder sich davon entfernen?

MH: Der Wortlaut Ihrer Frage beantwortet sich im Grunde selbst. Die EU-Politiker sind nicht bereit, sich den Forderungen der USA zu widersetzen. Alles, was sie tun können, ist, sich über ihre schlechte Behandlung zu beschweren. Das hat zu einer Spaltung zwischen deutschen und anderen europäischen Geschäftsleuten und den politischen Parteien geführt.

Siehe zum Beispiel *Politico* vom 24. November 2022: [Europa beschuldigt die USA, vom Krieg zu profitieren](#): „Bidens grüne Subventionen und Steuern, die Brüssel zufolge den Handel unfairerweise von der EU ablenken und die europäische Industrie zu zerstören drohen. Trotz formeller Einwände aus Europa hat Washington bisher keine Anzeichen für ein Einlenken gezeigt. ... der Preis, den die Europäer zahlen, ist fast viermal so hoch wie die gleichen Kraftstoffkosten in Amerika. Hinzu kommt der wahrscheinliche Anstieg der Bestellungen für amerikanisches Militärgerät, da die europäischen Armeen nach den Waffenlieferungen an die Ukraine knapp werden.“

Aber auch die Unternehmen kapitulieren und planen, in die USA zu ziehen und amerikanische Unternehmen zu werden. „Unternehmen planen neue Investitionen in den USA oder verlagern sogar

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck sieht Deutschland bei dem Vorhaben einer Förderung der Industrie bei der Umstellung auf eine klimafreundliche Produktion in einer Vorreiter-Rolle. Es gehe darum, eine marktfähige „grüne Industrie“ zu entwickeln, sagte Habeck der Funke Medien-gruppe.

Dazu würden im kommenden Jahr Klimaschutzverträge für die Industrie aufgesetzt. Die staatliche Förderung rege nötige Innovationen an, unterstütze die Firmen bei der Umstellung und helfe, die Nutzung von Wasserstoff voranzutreiben. „Mit den Klimaschutzverträgen stoßen wir ein neues Kapitel auf, Deutschland nimmt damit eine Vorreiter-Rolle ein“, sagte Habeck. → [WELT](#)

ihre bestehenden Geschäfte von Europa in amerikanische Fabriken. Erst diese Woche kündigte der multinationale Chemiekonzern Solvay an, dass er für neue Investitionen die USA Europa vorziehen wird.“

Ein Szenario für die daraus resultierende Entvölkerung und Deindustrialisierung Europas ist der Massenexodus von Menschen aus Lettland, Estland und Litauen seit 1991. Die Alternative ist die Abwanderung nach Russland oder China, die Energie – und auch Waffen – zu viel niedrigeren Kosten als die USA produzieren.

Das Problem ist, dass Europa sich nicht aus der NATO zurückziehen kann, ohne die EU aufzulösen, die sich militärpolitisch an die NATO bindet und damit einen immensen Zahlungsbilanzabfluss für den Kauf hochpreisiger US-Waffen und

anderer notwendiger Güter verursacht. Wenn die Frage lautet, wie lange Deutschland und Europa die politische und militärische Loyalität zu den USA über ihren eigenen wirtschaftlichen Wohlstand und ihre Beschäftigung stellen können, lautet die Antwort der Grünen, dass die Schocktherapie dazu beitragen wird, Europa grüner zu machen.

Auf den ersten Blick ist das richtig, da die Schwerindustrie stillgelegt wird. Aber es scheint, dass Europas Brennstoff der Zukunft die Kohle und die Abholzung der Wälder ist.

Frage: Wenn auf nationaler Ebene die Inflation auf das Angebot und nicht auf die Nachfrage zurückzuführen ist, wozu dann die Anhebung der Zinssätze? Zumal die US-Notenbank weiß, dass ihre Maßnahmen zu einer wirtschaftlichen Rezession führen werden, wie viele ihrer Beamten erklären. Warum beharrt man auf solchen Maßnahmen, obwohl sie die US-Wirtschaft nicht vor dem weiteren Anstieg der Inflationsraten bewahrt haben?

MH: Die heutige Preisinflation darauf zu schieben, dass die Arbeitnehmer zu viel verdienen, ist lediglich ein Vorwand, um einen neuen Klassenkrieg gegen die Arbeitnehmer zu führen. Es liegt auf der Hand, dass das Lohnniveau die Preise für Öl, Gas, Dünger und Getreide nicht in die Höhe getrieben hat. Diese Preiserhöhungen sind das Ergebnis der US-Sanktionen. Aber die zentrale Behauptung der heutigen neoliberalen Wirtschaftsorthodoxie ist, dass alle Probleme dadurch verursacht werden, dass die Arbeiterschaft zu gierig ist und ihren eigenen Lebensstandard über das Ideal stellt, eine reiche Rentierklasse zu schaffen, die über sie herrscht.

Das Ziel der Kreditkürzungen ist es, die Beschäftigung durch eine neue Rezession zu verringern, indem die Löhne gesenkt und die Arbeitsbedingungen verschärft werden. Die gewerkschaftliche Organisierung wird blockiert und öffentliche Programme für Sozialausgaben werden gekürzt. Die Wirtschaft soll thatcherisiert werden – und das alles, indem man auf dem Wellenkamm der amerikanischen anti-russischen Sanktionen reitet und behauptet, dass all dies eine Krise schafft, die die Demontage der öffentlichen Infrastruktur und ihre Privatisierung und Finanzialisierung erfordert.

Frage: Auf der externen Ebene: Die Erhöhung der Zinssätze hat weltweit zahlreiche Krisen ausgelöst. Nicht nur die „Entwicklungsländer“ oder die Länder des globalen Südens waren von den Auswirkungen der Zinserhöhungen betroffen, wie z. B. hohe Schuldenkosten und Rückgang der Investitionen und Ersparnisse, sondern auch Europa (einschließlich Großbritannien), und es scheint, dass sich die US-Geldpolitik nicht darum schert, was außerhalb des Territoriums der USA geschieht. Im Jahr 2008 war die US-Notenbank beispielsweise gezwungen, Kreditlinien zu eröffnen, um Länder wie Japan vor dem Zusammenbruch zu bewahren, der durch die globale Finanzkrise verursacht wurde, die ursprünglich ihren Ursprung in Amerika hatte. Ist dies das gleiche Muster, das Amerika der Welt heute auferlegt? Oder wird es ohne Rücksicht auf das, was in der Welt passiert, vorgehen?

MH: Die USA kümmern sich in der Tat darum, was außerhalb der USA geschieht. Das ist die Essenz des Imperialismus: Man kümmert sich darum, andere Länder wirtschaftlich, finanziell und technologisch zu erobern und sie von sich abhängig zu machen, damit man Monopolpreise verlangen und ihren wirtschaftlichen Überschuss für die eigenen Finanz- und Unternehmenselementen abschöpfen kann.

Ziel der unilateralen US-Diplomatie ist es, eine Abhängigkeit in den Bereichen Handel, Währung und Militär zu schaffen. Auf diese Weise „kümmern“ sich die Politiker darum, was andere Länder tun – und deshalb mischen sich die USA so sehr in deren politische Prozesse ein.

Frage: Nach dem Beginn des russisch-ukrainischen Krieg bildeten sich Wirtschaftsblöcken zwischen Ländern außerhalb des westlichen Blocks. Die schon bestehenden Blöcke wurden durch die neue Realität, die sich aus diesem Krieg ergab, gestärkt, wie z. B. die Abkommen zwischen Russland und China, Russland und Indien sowie zwischen Iran und Russland und Iran und China. Auch das Verhalten einiger dem Westen nahestehender BRICS-Länder war Russland gegenüber nicht feindselig. Es scheint, dass das Ziel dieser Blöcke darin besteht, sich gegen das westliche Imperium unter der Führung der USA zu stellen. Bedeutet dies, dass wir Zeugen einer Neugestaltung der wirtschaftlichen Globalisierung werden? Und warum ist dies nicht schon früher geschehen?

MH: Die US-Sanktionen und die militärische Konfrontation treiben andere Länder dazu, sich zu verteidigen, indem sie Alternativen zum US-Dollar und zur Abhängigkeit von US-Lieferanten für Lebensmittel, Energie und kritische Technologie schaffen, um zu vermeiden, dass sie „sanktioniert“ werden, um sie zur Einhaltung des US-Diktats zu zwingen.

Diesen Bruch gab es früher nicht, weil er nicht dringend war. Die US-Sanktionen und die Drohung, dass der Krieg der USA und der NATO gegen Russland viel länger als bis zur Ukraine andauern wird. Letztlich geht es um einen Feldzug gegen China, und Präsident Biden hat gesagt, dass dies etwa zwanzig Jahre dauern wird. Für die Amerikaner ist der bevorstehende Verlust ihrer Fähigkeit, die Wirtschaftspolitik anderer Nationen zu kontrollieren, eine Bedrohung für das, was sie als die Zivilisation selbst ansehen. Der Zivilisationskonflikt besteht zwischen den Versuchen der USA, eine neo-rentierliche, neofeudale Weltordnung zu schaffen, und einer Welt, die von gegenseitigem Nutzen und Wohlstand geprägt ist. Wie Rosa Luxemburg vor einem Jahrhundert formulierte, geht es um den Kampf zwischen Barbarei und Sozialismus.

Frage: In den letzten Jahrzehnten ist die Verschuldung weltweit stark angestiegen, sei es die Verschuldung der privaten Haushalte oder die Verschuldung der Staaten – wo wird das enden? Wird die Verschuldung weiter ins Unendliche steigen oder wird es zu einer globalen Schuldenkrise kommen? Und wenn das passiert, was sind die Folgen für das globale Finanzsystem?

MH: Die exponentielle Mathematik der zinstragenden Schulden macht Schuldenkrisen unvermeidlich. Das ist seit Tausenden von Jahren der Fall. Der Expansionspfad der Schulden ist schneller als der der zugrunde liegenden Realwirtschaft.

Irgendwann müssen entweder die Schulden getilgt - annulliert - werden, oder die Länder werden in die Schuldknechtschaft der Gläubigermächte fallen, so wie sich innerhalb der Gläubigernationen die Wirtschaft zwischen dem gläubigen einen Prozent und den zunehmend verschuldeten 99 Prozent polarisiert.

Ich erkläre diese Dynamik in „The Destiny of Civilization“ und in „Killing the Host“.

Das globale System muss sich von der Abhängigkeit vom US-Dollar lösen und die nationalen Banken- und Kreditsysteme in öffentliche Versorgungsunternehmen umwandeln. Nur so können die Regierungen Schulden abbauen – vor allem solche, die sie sich selbst schulden –, ohne einen politischen und sogar gewaltsamen Kampf gegen ihre Maßnahmen zur Befreiung der Wirtschaft von ihren Schulden zu entfachen.